

# Die Zimmeiße

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeiße“ beträgt für In- u. Auslands-  
bezieher 1 Goldmark monatlich.  
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.  
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht vom Ganzen werden  
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für  
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen  
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.  
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

## Die Weltwirtschaft im Jahre 1924.

Konjunktur und Krise. — Konjunkturkurve. — Die Reparations-  
krise. — Der internationale Handelsverkehr. — Handelsverträge  
und Zollpolitik. — Die Agrarkrise. — Die Valuten. — Die  
Lage des Staatsbudgets. — Die Zukunft der Weltwirtschaft.

Selten gab es ein so bewegtes Jahr mit so mannigfaltigen  
und auch weittragenden Veränderungen für die Weltwirtschaft,  
wie das Jahr 1924. Am besten lassen sich die Veränderungen an  
dem Auf und Ab von Konjunktur und Krise, die seit dem Waffen-  
stillstand miteinander wechseln, erkennen. Die Konjunkturwechsel  
— Rückschlag und Erholung — sind jetzt häufiger, aber kürzer  
als früher.

Ein flüchtiges Konjunkturbild der Weltwirtschaft soll das  
Auf und Ab der Konjunkturkurve zeigen. In Deutschland am  
Anfang des Jahres ungeheure Krise; andauernde Besserung bis  
April, wo bereits eine Konjunktur (allerdings nur für den  
inneren Markt) herrscht, dann kommt der Rückschlag, eine bis  
zum Spätsommer steigende fürchterliche Krise, die erst im Sep-  
tember Zeichen der Besserung aufweist; seitdem geht die Linie  
langsam wieder aufwärts. Als Gegenpol sind die Vereinigten  
Staaten zu betrachten, wo das neue Jahr mit einer beispiellosen  
Hochkonjunktur anfang; von Mai bis Juli herrschte mit einem  
plötzlichen Rückschlag eine Wirtschaftskrise von größtem Aus-  
maß, die zum Beispiel die Eisen- und Stahlerzeugung auf  
40 Proz. sinken ließ, seit Juli Erzeugung und Absatz und  
zum Schluß des Jahres kann man dort wieder von einer Kon-  
junktur sprechen. England begann das Jahr mit einer ver-  
schärften Krise. Im Jahre 1923 bestand Hochkonjunktur für den  
englischen Kohlenbergbau, die aber seit der Einstellung des po-  
sitiven Widerstandes im Ruhrgebiet abflaute und im Laufe des  
Jahres 1924 von einer Kohlenkrise abgelöst wurde. Die große  
Krise der englischen Eisen- und Stahlindustrie, der Textilindustrie  
und der Schifffahrt wurde aber in der zweiten Hälfte des Jahres  
abgeschwächt, ja, es hat in den letzten Wochen eine an Konjunktur  
grenzende Belebung dieser Wirtschaftszweige eingeleitet. In  
Frankreich und Belgien blieb die Konjunktur im Jahre 1924 mit  
kurzen Unterbrechungen weiter bestehen. In Belgien hat die  
Währungsreform in den Herbstmonaten eine Krise der Ausfuhr  
herbeigeführt, die aber im November bereits geschwunden war.  
In den drei skandinavischen Staaten, Schweden, Dänemark und  
Norwegen, bestand am Jahresanfang noch eine umfangreiche  
Krise, am Schluß des Jahres kann man wohl in diesen Ländern  
von Konjunktur sprechen. Die Schweiz und Holland haben das  
Wirtschaftsjahr bereits mit günstigen Aussichten angefangen und  
ihre Wirtschaftslage hat sich im Jahre 1924 merklich gebessert.  
In der Tschechoslowakei stand die Produktion im Laufe des  
Jahres — trotz wiederholter Rückschläge — im Zeichen der Besse-  
rung. Die Wirtschaftslage Österreichs war das ganze Jahr hin-  
durch gedrückt; nur das Aufsteigen der Ausfuhr seit dem Herbst  
bewert auf eine kleine Besserung hin. Die fürchterlichen Wirt-  
schaftskrisen Polens und Ungarns gehören auf ein anderes Blatt,  
sie wurden durch die Sanierung der Valuten ausgelöst.

Die große Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre ist eine  
Abschweifung, die in der Unverkäuflichkeit der Waren und in Ver-  
bindung damit in der Einschränkung der Produktion tief unter  
die Möglichkeiten der Produktionsausrüstung und der vorhan-  
denen Arbeitskräfte zum Ausdruck kommt. Sie hatte mannig-  
faltige Gründe, die im laufenden Jahr zum großen Teil beein-  
flußt werden konnten.

Der Reparationskrise wurde durch die Annahme des Sach-  
verständigenplanes beziehungsweise des Londoner Abkommens  
ihre Schärfe genommen. Die für das Gedeihen der Wirtschaft  
unerträgliche Unsicherheit, die Gefahr neuer internationaler Ver-  
wicklungen wurde beseitigt. Die Stabilisierung der deutschen  
Währung, die nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze  
Welt eine Lebensnotwendigkeit war, wurde ermöglicht. Die Wie-  
derkehr des Vertrauens in normale Wirtschaftsverhältnisse hat  
das Wirtschaftswesen auch außerhalb Deutschlands gefördert. Das  
Einstürzen amerikanischer Kapitalien in die europäische Wirt-  
schaft — über eine Milliarde Dollars im Jahre 1924 — wäre  
ohne die Lösung der Reparationsfrage nicht möglich gewesen. Da-  
mit sollen die Schwierigkeiten dieser Lösung sowohl auf wirt-  
schaftlichem wie insbesondere auf sozialem Gebiet (Lasten-  
verteilung, Wohnbedarf, Sachlieferungen) nicht herabgesetzt werden.

Der internationale Handelsverkehr, der seit dem Kriege weit-  
gehend unterbrochen war, zeigte im abgelaufenen Jahre ein gün-  
stigeres Bild. Die Handelsbilanzen sämtlicher Länder, welche  
keine Stabilisierungskrise hatten oder aber diese bereits über-  
wunden haben, zeigten verminderte Einfuhrüberschüsse, und zwar,  
was hier entscheidend ist, nicht infolge Drofflung der Einfuhr,  
sondern durch Steigerung der Ausfuhr. Somit zeigt der inter-  
nationale Handelsverkehr steigende Ziffern. Anders steht es  
freilich in den Ländern, welche die Stabilisierungskrise in letzter  
Zeit durchgemacht. Bei diesen war die Ausfuhr, bis sich die Pro-  
duktion den neuen Verhältnissen anpassen, beziehungsweise die  
unbedingt eintretende Geldknappheit vermindert werden kann. So  
zeigte sich in Deutschland und Österreich in der zweiten Hälfte  
des Jahres bereits eine wesentliche Steigerung der Ausfuhr,  
was nach einem beinahe verhängnisvollen Einfuhrüberschuß zur  
Verbesserung der Handelsbilanz beitrug. Zur Belebung der Aus-  
fuhr gehören Handelsverträge und eine gesunde Zollpolitik, die  
übertriebene Schutzzölle, geschweige denn Einfuhrverbote und  
ähnliche Verkehrshindernisse vermeidet. Hier sind wir vom er-  
wünschten Zustand noch weit entfernt. Die Staaten stehen im

Zeichen des verstärkten Schutzsystems. Die amerikanische Prä-  
sidentenwahl, der Sieg der konservativen Partei in England hat  
diese Tendenzen verstärkt. Viele Handelsvertragsverhandlungen  
sind noch im Gange, darunter die wichtigsten, die Verträge  
Deutschlands mit den Vereinigten Staaten, Frankreich, Belgien,  
Italien usw. Im Jahre 1924 wurde eine Anzahl Handelsver-  
träge abgeschlossen — Deutschland mit England, Spanien, Grie-  
chenland usw. (außer einer Anzahl von vorläufigen Verein-  
barungen), Italien mit Rußland, Polen, Jugoslawien, Frankreich  
mit Polen, Dänemark mit der Tschechoslowakei usw.

Was die übrigen Krisenursachen anbelangt, so sei hier zu-  
nächst auf die Agrarkrise hingewiesen, die darin besteht, daß die  
Preise für Industrieartikel im Verhältnis zu den Preisen für  
landwirtschaftliche Produkte zu hoch waren, daher der Landwirt  
von dem Erlös seiner Produkte weniger Produktionsmittel und  
industrielle Bedarfsartikel kaufen konnte, als vor dem Kriege.  
Diese Erscheinung wurde nach russischem Beispiel als „Schere“  
bezeichnet, deren Klängen weit geöffnet sind. Infolge der Er-  
höhung der Getreide- und Lebensmittelpreise, die seit Juli vorigen  
Jahres andauernd — mit geringen Rückschlägen — angehalten  
hat, ist aber dieses Mißverhältnis beinahe verschwunden. Die  
„Schere“ ist zum guten Teil geschlossen. Dafür sind teils natür-  
liche Gründe (schlechte Getreideernte), aber auch künstliche, ins-  
besondere die neuen Methoden der Getreideverwertung in den  
Vereinigten Staaten und Kanada verantwortlich.

Die Valuten der Schweiz, Hollands, Schwedens erreichten  
in ruhiger Entwicklung den Vorkriegsstand; die englische Va-  
luta hat sich wesentlich gebessert und ist nunmehr nur noch um  
5 Proz. von der Goldparität entfernt. In anderen Ländern gab  
es dagegen im Jahre 1924 Valutakrisen. In Deutschland, Öster-  
reich und Dänemark eine Stabilisierungskrise, in Polen und  
Ungarn in der ersten Hälfte des Jahres Inflations-, in der  
zweiten Stabilisierungskrise. Die Schwankungen des französischen  
und des belgischen Franken sind noch in Erinnerung; der große  
Frankensturz im Frühjahr wurde durch die amerikanische Morgan-  
anleihe aufgehalten. Die mißglückte Frankenspekulation deutscher  
und österreichischer Kapitalisten hat infolge der Erholung des  
Franken die Volkswirtschaften der erwähnten Länder geradezu  
in eine Katastrophe gestürzt; die Kapitalknappheit wurde dadurch  
unendlich gesteigert. Auf dem Gebiet der Valuten kann man  
trotzdem eine allgemeine Besserung der Lage verzeichnen. Das  
amerikanische Kapital hat hierzu wesentlich beigetragen.

Ähnlich steht es mit der Lage des Staatsbudgets. Nach den  
anhaltenden Defiziten der Nachkriegsjahre kamen die Staats-  
budgets in diesem Jahre in fast allen Ländern ins Gleichgewicht  
oder es wurde das Defizit wesentlich vermindert. Die Bilan-  
zierung des Budgets erfolgte aber überall auf unsolider Weise,  
die Belastung der breiten Massen durch erhöhte Zölle und Ver-  
brauchssteuern, hohe Lohn- und Gehaltssteuern ist außerordentlich  
gestiegen. Finanzpolitische Bequemlichkeit und die Uebermacht  
des Großkapitals sind für die ungerechte Lastenverteilung ver-  
antwortlich. Es sei noch auf einige Gefahren und Probleme  
hingewiesen, welche die günstige Entwicklung der Weltwirtschaft  
weiter in Frage stellen.

Einer der Hauptgründe für die Wirtschaftskrise ist die ge-  
schwächte Kaufkraft großer Schichten der Bevölkerung. Abgesehen  
von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, vom Abbau der Beamten  
und Angestellten — diese Schichten können auf dem Markt keine  
Nachfrage einstellen — ist die allgemeine Lohn- und Gehaltslage  
immer noch sehr gedrückt. Die Reallohn haben sich 1924 nicht  
erhöht. Erschwert wird die Lage durch die allgemeine Teuerung,  
die im Jahre 1924 eine Velterstärkung war. In einzelnen  
Ländern ging die Teuerung aus besonderen Gründen noch über  
die Weltteuerung hinaus. Die Rohstoffe, Lebens- und Genuss-  
mittel sind heute, mit Ausnahme von Kohle, Baumwolle und  
Zucker, alle teurer als vor einem Jahre und demzufolge auch die  
Fertigfabrikate. Die Maßnahmen einzelner Staaten (Deutsch-  
land, Frankreich, Tschechoslowakei, Österreich) zur Bekämpfung  
der Teuerung blieben ohne Erfolg. Daher eine beträchtliche  
Schwächung der Kaufkraft der Bevölkerung. Im Jahre 1925  
sind große Lohnkämpfe und soziale Ausbrüche zu erwarten, die  
vorwiegend auf die ganze Wirtschaft nachteilig zurückwirken  
werden. Die Ueberkapitalisierung in den großen Industrie-  
staaten, das heißt die übermäßige Ausdehnung der Industrien  
seit dem Kriege, die angesichts der Industrialisierung der öst-  
europäischen und überseeischen Länder die Ausnützung der ge-  
samten Leistungsfähigkeit der erweiterten Betriebe verhindert,  
wird ihre Wirkungen weiter fühlen lassen. Die internationale  
Schwerindustrie möchte die Folgen der Ueberkapitalisierung durch  
Schaffung internationaler Kartelle wettmachen, welche die Pro-  
duktion und die Preise regeln, die Absatzgebiete aufteilen sollen.  
Das deutsch-französische Eisenkartell ist im Entstehen begriffen  
und soll erweitert werden. Die Organisierung der Industrie,  
ihre Vertretung und Verkartellierung schritt im Jahre 1924 auf  
nationaler, teils aber auch auf internationaler Basis vorwärts.  
Die Grundlage dieser Zusammenschlüsse ist aber nicht die Ver-  
billigung der Produktion durch verbesserte Arbeitsmethoden und  
andere Ersparnisse, sondern die Ausschaltung der Konkurrenz  
und Hochhaltung der Preise. Die wachsende Macht des Mo-  
nopolkapitals in Wirtschaftsleben und gegenüber dem Staat birgt  
Gefahren auf wirtschaftlichem wie sozialem Gebiet in sich: die  
Beschäftigung der Arbeiter und Angestellten wird durch syste-  
matische Produktionsbeschränkung, die Lebenshaltung der Be-  
völkerung durch die künstlichen Kartellpreise nachteilig beeinflusst.

## Der Stand der feinkeramischen Industrie.

Von Edwin Kenninger.

II.

Das Land

Thüringen

Ist das größte Gebiet der Porzellanfabrikation. Die ältesten  
Fabriken, die sich bis in die Gegenwart erhalten haben, wurden  
aus ähnlichen Gründen wie die Meißener von gelbbraunlichen  
Landesfürsten gegründet, und zwar als erste die älteste Volk-  
stebier im Jahre 1702, darauf Kloster Weilsdorf 1764, Wallen-  
dorf 1765 und Gotha 1767. Im Jahre 1772 begann der Porzellan-  
erfinder Gottlieb Greiner aus eigenem Antrieb mit der Por-  
zellanerzeugung in seiner Fabrik zu Limbach. Er erlangte darauf  
Rechte auf billige Holzlieferung und öffnete dem privaten Unter-  
nehmungsgeist die Bahn. Die Fabriken in Großbreitenbach 1780,  
und in Hainstein 1783 ließ Greiner, nachdem er sie erworben  
hatte, von seinen Söhnen leiten. 1790 kamen die Werke in Wau-  
kenhain und Wörsdorf zur Gründung und 1796 Meinede in Eisen-  
berg, so daß vor Beginn des 19. Jahrhunderts bereits elf der  
jetzt noch existierenden Porzellanfabriken in Thüringen bestanden.  
Bis zur politischen und wirtschaftlichen Wende 1870 existierten  
schon 45 von den gegenwärtig noch bestehenden Porzellanfabriken  
und nach weiteren zwanzig Jahren hatte sich die Zahl auf 74  
erhöht. Daß gerade in Thüringen die Porzellanindustrie bis  
zum genannten Zeitpunkt diesen Aufschwung nahm, ist auf den  
großen Waldbestand des Landes zurückzuführen, denn zum Por-  
zellanbrennen wurden seinerzeit große Mengen Holz verbraucht.  
Die Kohlenfeuerung für Porzellanrösten wurde in Thüringen  
eigentlich erst nach 1890 eingeführt und ab dieser Zeit vollzog  
sich der ziemlich starke Aufschwung der Porzellanindustrie. Er  
brachte nicht weniger als 57 Neugründungen und die beträcht-  
liche Erweiterung bestehender Betriebe, wozu noch sieben Werk-  
stätten neugegründet werden müssen, über deren Grün-  
dungsjahr Angaben fehlen, aber bestimmt ist, daß sie vor 1914  
errichtet wurden. In den Nachkriegsjahren hat Thüringen nur  
acht Neugründungen zu verzeichnen, so daß gegenwärtig 136 Por-  
zellanfabriken, 1 Porzellan- und Steinzeugfabrik, 2 Porzellan- und  
Tonwarenfabriken bestehen, wozu noch 4 Porzellanapparate- und  
Elektrofabriken, 1 Porzellan- und Terrakottafabrik kommen. Die  
Beschäftigtenzahl soll 29 000 bis 30 000 sein. Dazu ist selbstver-  
ständlich das zu Bayern gehörige Coburger Land gezählt, weil  
das mit seiner Porzellanproduktion ganz zu Thüringen gehört  
und mit ihm verwandt ist. Um jedoch den neuzeitlichen Landes-  
grenzen Beachtung zu schenken, sei darauf verwiesen, daß mit der  
Vereinigung Coburgs mit Bayern die Porzellanfabriken in  
Mogendorf, Coburg, Cortendorf, Creidlitz, Neustadt und  
die Porzellanabteilung der Elektrotechnischen Werke von W. D.  
Arnold, die Porzellanfabrik in Oeslau, sowie die Feinsteingut-  
fabrik Rodach zu Bayern gekommen sind.

Von der Thüringer Porzellanindustrie werden eigentlich alle  
Arten von Porzellanwaren hergestellt, z. B. Apothekegeräte,  
chemisch-technische Artikel, Gebrauchsgeschirre, Luxusgegenstände  
vom billigsten Tippec bis zur künstlerischen Plastik, Kinderpiel-  
sachen und was nur in Thüringen sonst gemacht wird: R u p e n.  
In diesem Zusammenhang muß leider gesagt werden, daß ein  
erheblicher Teil Thüringer Fabriken zu sehr am alten hängen  
geblieben ist, nicht die Kraft fand und sich nicht den Mut nahm,  
sich etwas auf die neuzeitlichen Anforderungen ein- und umzu-  
stellen, teilweise aus Mangel an Geld, teils aber, auch aus  
Mangel an wirtschaftlichem Weitblick. In keinem Gebiet der  
Porzellanindustrie tritt diese Erscheinung so in den Vordergrund,  
wie gerade in Thüringen; dabei wären die menschlichen Arbeits-  
kräfte fast allwärts vorhanden, die zur modernen Umgestaltung  
der Thüringer Porzellanindustrie notwendig wären. Aber hierzu  
scheint es auch an gutem Willen zu fehlen. Weil die veralteten  
Anschauungen vorherrschen und weil in Thüringen das Feld  
ziemlich stark abgegrast zu sein scheint, ist in der Thüringer Por-  
zellanindustrie in der Entwicklung eine Art Stillstand eingetreten.  
Zunehmend auch die Entfernung der Rohstoff- und Kohlengebiete  
eine Rolle spielt, kann nicht gesagt werden.

Aus den Thüringer Porzellanfabriken ragen als größte  
Kraft, Frauenthal und Sersdorf hervor, die alle drei Aktien-  
gesellschaften gehören; aber auch die kleinsten Betriebe sind in  
Thüringen anständig. Wenn die Zahl von 29 000 bis 30 000 Be-  
schäftigten den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, so kommen  
in Thüringen auf einen Betrieb durchschnittlich 200 Arbeiter  
und Arbeiterinnen.

Die Glanzzeit der Thüringer Porzellanindustrie war einmal.  
Ob es ihr gelingt, mit neuen Anstrengungen eine Wiederbelebung  
zu erfahren, bleibt dahingestellt. Wenn nicht der Arbeiterschaft  
in einer Weise Gelegenheit zum Mitwirken gegeben wird, die ein-  
zelnen Privatleuten gehörenden Betriebe werden die Kraft nicht  
mehr aufbringen, sich auf eine mehr wirtschaftliche Zukunft um-  
zustellen. Die beste Zeit dazu, die Inflation, wurde verpaßt.

Stätten für die Heranbildung feinkeramischer Fachleute be-  
sitzt Thüringen: die Kunstgewerbliche Fachschule in Langsha, die  
Industrieschule in Sonneberg, die Zeichen-, Mal- und Modellier-

schule in Zulte und die Berufsschule für Porzellanarbeiter in Weiden.

In Thüringen haben zwanzig Aktiengesellschaften und zwei-mundzwanzig G. m. b. H. der Porzellanindustrie ihren Sitz, die eine Anzahl Werke betreiben, von denen auch welche in anderen Porzellanindustrieregionen liegen.

Von den Thüringer Porzellanfabriken hat nur die Porzellan-fabrik Drauzent in Drauzent drei Tunnelöfen; das Brennen der Teller mit Glas wird teilweise in der Porzellanfabrik Kahla in Sachsa vorgenommen.

Das nächste größere Porzellanindustrieregion liegt in den zwei bayerischen Kreisen

#### Oberfranken und Oberpfalz.

Dort ist hauptsächlich die Porzellanindustrie und die feine Luxusindustrie in besonderen Kunstabteilungen einzelner Werke zu Hause. Die Metropole der bayerischen, überhaupt der deutschen Porzellanindustrie ist Selb mit zehn Unternehmungen und rund 4500 Beschäftigten. Als zweiter bayerischer Hauptort kann Weiden mit rund 2700 Beschäftigten angesprochen werden. In Selb gehört der größte räumlich zusammengefaßte Betrieb der Firma H. Rosenthal N. G. mit rund 1400 Arbeitern und Arbeiterinnen, aber auch die Firma Lorenz Hutschenreuther be-schäftigt in drei getrennten Werken mit Paul Müller zusammen über 2000 Personen. Der größte Betrieb in Weiden hat 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen. Porzellanfabriken mit über 500 Be-schäftigten stehen noch in Weiden (Zeltmann, Tischerreuther, Hutschenreuther (Lorenz & Co.), Martindewitz (H. Thomas & Co.), Zeltmann (Porzellanfabrik Schmiedl N. G. und E. & M. Müller), Neuhau (Beh, Scherzer & Co.), Kitzberg (Porzellan-fabrik Schmiedl, Abt. Kitzberg, und Karl Schmiedl), Selb (Heinrich & Co.), Selb-Mößberg, Illersricht und Vohenstrauß.

Insgesamt stehen in Bayern 89 (mit Coburg 96) Porzellan-fabriken, 3 Porzellan- und Steingutfabriken, 2 Porzellan-Metall-Apparate oder Elektrobetriebe, 2 (mit Coburg 8) Steingut-fabriken, 2 Steingut- und Tonwarenfabriken und 2 Majolika-betriebe. Das sind 99 (mit Coburg 107) Werke der feinkerami-schen Industrie mit rund 21000 (mit Coburg 26000) Arbeitern und Arbeiterinnen.

Der älteste Betrieb der bayerischen Porzellanindustrie ist, ähnlich wie in Sachsen Meissen, die Staatliche Por-zellanmanufaktur in Nymphenburg, die 1747 nach Meissener Vorbild und aus den gleichen Motiven gegründet wurde. Dann folgten Gründungen 1780 in Schney, 1791 in Tettau und 1802 in Hanfen, also keine in dem jetzigen Haupt-gebiet. Dort wurde die erste Porzellanfabrik im Jahre 1814 in Hohenberg a. Eger erbaut. Im Jahre 1838 entstand eine weitere Fabrik in Tischerreuth, 1840 die in Passau und 1856 bekam Selb unter der Firma Lorenz Hutschenreuther seinen ersten Be-trieb, dem zehn Jahre später der in Selb-Mößberg folgte. Die zweite Firmengründung in Selb fällt in das Jahr 1876 und wurde von H. Rosenthal vollzogen, der später dann die Fabrik erbaute. Mit diesen aufgezählten Werken wurde der Grund-stein zur Entwicklung der bayerischen Porzellanindustrie gelegt, die inzwischen Weltruhm erlangt hat.

Bis 1870 waren in Bayern 12 der noch bestehenden Por-zellanfabriken gegründet, davon 7 in Oberfranken, 3 in der Ober-pfalz und 2 im übrigen Bayern. Nach zwanzig Jahren wirt-schaftlicher Entwicklung sind weitere 13 Betriebe, davon 12 in Oberfranken und einer in der Oberpfalz hinzugekommen, und was ebenfalls wesentlich ist, die bestehenden Werke erwei-tert. In der Nachkriegszeit wurden nicht weniger als 31 Porzellan-fabriken, davon 26 in Oberfranken, 2 in der Oberpfalz und 3 in anderen Gegenden errichtet und ältere Betriebe vergrößert oder ergänzt.

Ueber die wirkliche Belegschaftstärke der bayerischen fein-keramischen Industrie liegen eigentlich keine genauen Zahlen vor. Nach Angaben in keramischen Adressbüchern müßten 29 000 Per-sonen in ihr tätig sein. Das kann nicht stimmen. Es können höchstens 24 000 sein; denn im Dezember 1922 ergab eine genaue Erhebung des Porzellanarbeiterverbandes für die gesamte fein-keramischen Industrie in Bayern eine Beschäftigtenzahl von 9925 männlichen und 10 107 weiblichen, zusammen 20 032 Personen. Wohl kann eine Mehrung inzwischen erfolgt sein, aber keine von 9000.

Die oberfränkisch-oberpfälzische Porzellanindustrie erzeugt hauptsächlich Porzellangebrauchsgeräth von der einfachsten bis zur hervorragenden Qualität, ferner Luxus- und Kunstgegen-stände, elektrotechnische Artikel und chemisch-technisches Por-zellan für die verschiedensten Zwecke. In der feinen Gebrauchs-geräthherstellung und in der Herstellung von Kunstporzellanen ist die bayerische Porzellanindustrie vorangehend.

Alle größten Betriebe sind Werke von 22 Aktiengesell-schaften, und zwar haben diese 40 in Selb, 13 in Genschen-schaften mit beschränkter Haftung und 4 größeren einer Gesell-schaft. Das bedingt, daß rund zwei Drittel aller Porzellan-arbeiter und -arbeiterinnen bei Gesellschaften tätig sind und nur ein Drittel bei Firmen, die sich scheinbar ihren Privatbesitz er-halten haben, in Wirklichkeit jedoch auch nur die etwas ge-zahlten Werkzeuge ihres Zinnschmiedes darstellen. Die Zu-sammenballung zu Gesellschaftsunternehmen tritt demnach im Gegen-satz zu Thüringen in Bayern stärker in Erscheinung. In Oberfranken und der Oberpfalz erheblich. Auf einen Betrieb kommen dort rund 290 Beschäftigte. Von den bayerischen Por-zellanfabriken, die außer Geschirrt und Luxusgeräth auch elektro-technische Artikel fabrizieren, hat nur die Firma Rosenthal in Selb ein Prüffeld. Nur in einer Beziehung konnte die bayerische Porzellanindustrie den modernen Strömungen noch nicht folgen, nämlich in der Inbetriebnahme von Tunnelöfen, wie solche in Thüringen, Sachsen, Schlesien für das Brennen von Porzellan verwendet werden.

Zur Heranbildung des künstlerischen Nachwuchses besteht in Bayern eine staatliche Fachschule für Porzellanindustrie in Selb. Die staatliche bayerische keramische Fachschule in Landshut kommt für die Porzellanindustrie weniger in Frage, dafür aber wieder mehr der Werkstoffkunde für Keramik an der staatlichen Kunst-gewerbeschule in München.

(Fortsetzung folgt.)

## Gemeinsame Sitzung der Exekutiven des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

(Zürich.) Die auf Anregung des IGB anberaumte, am 3. und 4. Januar in Zürich abgehaltene gemeinsame Sitzung der Exekutiven des IGB und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, an der seitens des IGB die Genossen Joubert, Merens, Gray-mann, Oudegeest und Sassenbach teilnahmen, befaßte sich mit den Fragen des Achtstundentages, der Nachtarbeit in Wärdereien und des Genfer Protokolls nebst der in diesem vorgeschlagenen Abrüstungskonferenz. Nach eingehender Aussprache wurden folgende Entschlüsse angenommen:

### 1. Der Achtstundentag.

Die Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale haben in ihrer gemeinsamen Sitzung in Zürich am 3. Januar 1923 die Frage untersucht, welche gemeinsamen Maßnahmen ergriffen werden können, damit alle Staaten, und besonders die großen Industriestaaten, so rasch als möglich alle von den Internationalen Ar-beiterkonferenzen angenommenen Übereinkommen, und vor allem das Achtstundentagsübereinkommen von Washington, rati-fizieren.

Die Büros sind der Ansicht, daß eine baldige und zufrieden-stellende Regelung in dieser Frage im Interesse der Arbeiter-klasse im besonderen, und der Gesamtheit der Nationen im all-gemeinen liegt.

In Erwägung, daß die Vorbereitung der Feier des 1. Mai 1923, auf deren Tagesordnung in erster Linie die Forderung nach der Ratifikation des Achtstundentagsübereinkommens stehen soll, durch Erörterungen dieser Forderung in den Parlamenten wirksam unterstützt werden kann, beschließen die Büros, daß, sobald die französische Kammer das Washingtoner Überein-kommen ratifiziert haben wird und spätestens im der ersten Hälfte April die Parlamentarierfraktionen aller sozialistischen Par-teien eine Interpellation zu diesem Gegenstand einbringen sollen.

### 2. Die Nachtarbeit in den Wärdereien.

Die Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale haben in ihrer ge-meinsamen Sitzung in Zürich am 3. Januar 1923 die Frage der Beseitigung der Nachtarbeit in Wärdereien im Zusammenhang mit dem Entwurf eines internationalen Übereinkommens ge-prüft, der zu diesem Gegenstand bei der 6. Internationalen Arbeiterkonferenz in erster Lesung angenommen wurde.

Die beiden internationalen Büros erklären ihre voll-kommene Zustimmung zu den Grundzügen des Entwurfes, der einer berechtigten Forderung der Wärdereiarbeiter entspricht.

Die Büros wenden sich mit Nachdruck an die sozialistische Arbeiterpresse, damit diese sofort mit größter Energie die Pro-paganda zugunsten des Übereinkommens aufnehme.

Die Büros beschließen ferner, daß in jedem Lande die poli-tische und gewerkschaftliche Bewegung sich ins Einvernehmen setzen sollen, damit auf der 7. Internationalen Arbeiterkonferenz, die im Mai in Genf beginnt, das Übereinkommen in zweiter Lesung angenommen und seine Ratifikation für den in Aussicht genommenen Zeitpunkt, d. h. der 1. Januar 1927, gesichert werde.

### 3. Das Genfer Protokoll.

Bei der Abstimmung über diese Entschlüsse, enthält sich die Delegation der englischen Labour-Party der Stimme, um zunächst mit ihrer Organisation Rücksprache zu nehmen. Im übrigen wurden die Entschlüsse einstimmig angenommen.

Ohne sich über die Unvollkommenheit des Genfer Protokolls zu täuschen stellt die gemeinsame Sitzung der beiden Internatio-nalen fest, daß das Protokoll einen wesentlichen Fortschritt für die Sache des Weltfriedens darstellt, daß, wenn das Genfer Protokoll nicht ratifiziert würde und die Abrüstungskonferenz nicht zustande käme, die Nationen ihre Sicherheit in besonderen Garantieverträgen suchen und damit zu einem System einander entgegengesetzter Allianzen zurückzukehren würden, was die Kriegsgefahr in der Welt steigern müßte.

Sie beschließt daher, daß es die Pflicht der gesamten Ar-beiterbewegung in allen Ländern ist, ihre Bemühungen darauf zu richten, daß die Ratifikation des Genfer Friedensprotokolls gesichert und die in diesem Protokoll vorgesehene Abrüstungs-konferenz so rasch als möglich einberufen werde.

## Noch ein Urteil in Sachen Betriebsstilllegung!

Gelegentlich der sogenannten Betriebsstilllegung hatte die Porzellanfabrik in Hermisdorf auch die Lehrlinge nicht beschäftigt. Lebensdrehn zahlte man auch den Lohn nicht aus, trotzdem bei allen Lehrlingen Lehrlingsverträge bestanden.

Ein Lehrling suchte ihr Recht vor dem Gewerbeamt und kam damit durch. Das veranlaßte die Betriebsleitung, den restlichen Teil der Lehrlinge zu befragen, und als diese ihr Recht auf Lohnzahlung ebenfalls geltend machten, versuchte die Betriebsleitung ihr Glück mit einer Feststellungsfrage.

Wir lassen hier das Urteil dieser Feststellungsfrage folgen. Ob die Firma bei dem Landgericht Weimar Berufung einlegen wird, ist noch nicht zu unserer Kenntnis gekommen.

### Urteil:

Im Namen des Volkes!

In Sachen der Porzellanfabrik Kahla N. G., Filiale Hermisdorf, in Hermisdorf (Thür.), Klägerin, vertreten durch Betriebs-Oberrichter Rühl in Hermisdorf (Thür.), und Syndikus Dr. Rod, Rudolstadt i. Thür., gegen die Lehrlinge: (folgen Namen), Beklagte, sämtlich vertreten durch Gewerkschaftssekretär W. Martin in Hermisdorf wegen Feststellung, hat das Gewerbeamt Hermisdorf, Klosterrausnitz u. Umz. in seiner öffentlichen Sitzung vom 20. November 1924 für Recht erkannt:

Die Klage wird kostenpflichtig abgewiesen.

### Gründe:

Die Klage der Klägerin ist formell zulässig, da sie sich auf univerrale Rechte — sich ihrer Ansprüche be-zugnehmend, deren Geltendmachung in Aussicht gestellt hatten, — stützt. In der Sache ist zu prüfen, welche Rechte und Pflichten beide Parteien aus den abgeschlossenen und — von der Klägerin zugegebenen — noch in Geltung und Kraft befindlichen Lehrverträgen hatten, und ob und inwiefern die Lehrlinge Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit den in der Klage vorgebrachten Tatsachen das Klagegehehen rech-tigen. Denn nachdem Klägerin mit Recht den Antrag auf Feststellung gestellt hatte, handelt es sich nur noch um die Klageaufhebung, welche in ihrer Gesamtheit als aufgegeben zu gelten hat.

In den Lehrverträgen, welche zum Teil zur Einsicht vor-gelegt, bzw. im betreffenden Teil vorgelesen worden waren, ist für die Klägerin die Pflicht der sachlichen Ausbildung der Be-klagten und deren Entlohnung, steigend im Maße des Fort-schrittes der sachlichen Ausbildung, festgelegt, für die Beklagten die Pflicht, sich nach Anweisung der Klägerin, bzw. ihrer be-treffenden Angehörigen, zu betätigen im Klagerischen Betriebe.

Nach Lage der Sache muß als zugestanden angenommen werden, daß die Klägerin die Beklagten während der Stilllegung sachlich nicht weiter ausbilden konnte, daß also die sachliche Aus-bildung während dieser Zeit ruhen mußte. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß damit auch die Pflicht der Klägerin zur Ent-lohnung der Lehrlinge ruhen mußte. Das könnte erst dann in Frage kommen, wenn die Beklagten sich jeder Arbeitsleistung, auch einer nicht sachlichen, geweigert hätten. Denn in einem Betrieb von der Größe der Klagerischen gibt es ohne Zweifel

mehr als eine Möglichkeit, denn wenn die sachliche Aus-bildung aus irgendeinem Grunde ruhen muß, doch die Be-klagten zu anderen Dienstleistungen heranzuziehen, in welche die Klägerin für die notwendigen fortbestehende Pflicht zur Entlohnung der Beklagten ein angemessenes Äquivalent gestun-den haben würde. Das ist z. B. seit Jahrzehnten im Bergwerbe üblich und zur Regel geworden, daß selbst während Streiks oder Aussperrungen die Lehrlinge, bei weiterlaufenden Entlohnung mit nicht rein sachlichen, untergeordneten Arbeiten beschäftigt werden, eben aus der Erkenntnis heraus, daß die Entlohnungs-pflicht auch dann weiter besteht und der Lehrherr sich dafür in anderweitiger Beschäftigung der Lehrlinge ein Äquivalent sucht.

Die Klägerin hat aber gar nicht den Versuch hierzu gemacht. Hätte sie das getan und hätten sich die Lehrlinge einer solchen anderweitigen, nicht streng im Rahmen ihrer sachlichen Aus-bildung liegenden Beschäftigung geweiht, dann würde ungewisselhaft der Klage stattgegeben werden müssen. Sie behauptet lediglich, daß nach den Lehrverträgen und den gesetzlichen Be-stimmungen die Lehrlinge „nur mit den zur Erlernung ihres speziellen Lehrfaches dienenden Arbeiten beschäftigt werden dürften“, und weiter, daß anderweitige Beschäftigung nicht im Sinn des Lehrvertrages liege und nicht zu den Verpflichtun-gen der Klägerin gehöre, sogar gegen diese verstoßen würde. Diesen Ausführungen konnte, bei der von uns wegen erfolgten Prüfung der Klagebegründenden Tatsachen, nicht bei-getreten werden. Die Klägerin hatte recht wohl das Recht, bei pflichtmäßiger weiterer gewählter Entlohnung auch Arbeiten, die nicht rein zur sachlichen Ausbildung gehörten, von diesem zu verlangen.

Die Klage war somit abzuweisen gemäß § 39, Abs. IIa G. des GVG.

Die Entscheidung im Kostenpunkt beruht auf § 91 GVG.

Hinsichtlich der Festlegung des Wertes des Streitgegen-standes sollten in der Schlussverhandlung noch die Parteien ge-hört werden, da der Vertreter der Beklagten der seitens der Klägerin angegebenen Wertermessung widersprochen hatte. Das wurde unmöglich gemacht durch die vorzeitige Entfernung des Vertreters der Beklagten. Somit muß die Wertermessung der zweiten Instanz vorbehalten bleiben.

neg. (Unterschrift.)

## Die Entwicklung der Produktionsapparate und der Produktionsmethoden seit dem Krieg.

Wir entnehmen einer längeren Abhandlung des Heraus-gabers der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“, Dr. A. Salafi, die unter dem Titel „Die neuen Tendenzen der Produktion nach dem Kriege“ in den letzten zwei Hefen der Zeitschrift „Die inter-nationale Gewerkschaftsbewegung“ erschien, folgende Ausfüh-rungen über die Entwicklung des Produktionsapparates und die Produktionsmethoden seit dem Krieg:

Wie hat sich der Produktionsapparat, weltwirtschaftlich be-trachtet, seit dem Kriege verändert? Er ist heute jedenfalls viel größer als vor dem Kriege. Im Kriege selbst wurde der Pro-duktionsapparat überall erweitert. Für Amerika und für die Neutralen versteht sich dies von selbst, da sie neben der Ver-jüngung ihrer Bedürfnisse im alten Maßstab auch als Kriegs-lieferanten auftraten. Selbst in den kriegsführenden Staaten mußte aber die Produktion erweitert werden, wenn auch die Er-richtung der Neuanlagen hauptsächlich auf Zwecke der Kriegs-führung abzielte. Die Hochkonjunktur nach dem Kriege hat eben-falls Betriebsveränderungen größten Umfangs ansetzt. Es gehört zum Wesen der Hochkonjunktur, daß sie die Kapitalisten zu übermäßigen Betriebsveränderungen veranlaßt, und zwar aus einer Anzahl von Gründen, von denen die Hoffnung auf die Beständigkeit der Konjunktur und die dank der Kapitalkonzentration sehr gewachsene Akkumulationsrate des Kapitals zu er-wähnen sind. In Deutschland und in Frankreich haben noch besondere Momente zur Erweiterung des Produktionsapparates geführt. In Deutschland, wo die Konjunktur infolge der Gelb-entwertung bis 1923, das Jahr der Ruhrbesetzung und der voll-kommenen Währungszerstörung, andauerte, hat sich das Kapital in Sachwerte geflüchtet, und seine riesigen Einnahmen wie auch die beträchtlichen, ihm von Staats wegen gesenkten Kredite zum Teil zum Ausbau seiner Fabrikanlagen benutzt. In Frankreich dagegen wurde der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zum An-laß für die Erweiterung der Produktion; die dort errichteten neuen Fabriken wurden in der Regel in größerem Umfang wiederhergestellt, als sie vor dem Kriege bestanden. Ist dem-zuzufolge der Produktionsapparat Europas heute größer, als er vor dem Kriege war, so fragt sich doch, ob er auch besser ist. Darunter kann man sowohl die Ausrüstung der Betriebe mit Maschinen, wie auch die Methoden der Produktion, ihre bessere Organisation im Verhältnis zur Vorkriegszeit, verstehen. Diese Frage läßt sich nicht einheitlich beantworten. Zunächst einmal hat die seit dem Kriege so mächtig entwickelte Betriebskonzentration nicht unbedingt zur Verbesserung der maschinellen Aus-rüstung, aber auch nicht unbedingt zu verbesserten Produktions-methoden geführt. Dabei sollen die günstigen Wirkungen der Konzentration, insbesondere der vertikalen Konzentration, auf die Produktion keineswegs verkannt werden. Es ist aber wahr-scheinlich, daß der Konzentrationseffekt in manchen Ländern, insbeson-dere in den Vereinigten Staaten und in Deutschland die Grenzen der bestmöglichen Ausnutzung der Anlagen überschritten hat. Nach den Feststellungen des amerikanischen Komitees für indus-trielle Forschung pflegen die Riesentrübsis in der Regel konser-vativ zu werden, sind nicht mehr so beweglich wie andere Groß-betriebe, und die zentrale Leitung und Zusammenfassung solcher Mammuttrübsis gestaltet sich immer schwieriger. Was die wäh-rend der Inflationszeit in Deutschland entstandenen Trübsis an-betrifft, so läßt sich von ihnen wohl sagen, daß sie zum Teil keine organisatorischen Einheiten darstellen. Während der Geldent-wertung wurden Betriebe vielfach auch ohne planmäßigen or-ganisatorischen Aufbau einfach nur auf gekauft und stellen nur in bezug auf den Besitzer eine einzige Unternehmung dar. Es läßt sich sogar feststellen, daß in Deutschland die Inflationszeit der technischen Verbesserung der Betriebe fast wenig günstig war. Es wurden zwar, wie oben erwähnt, Betriebe erweitert, neue hinzu-gebaut, doch wurde darüber die technische und organisatorische Verbesserung vernachlässigt. Solange der Warenabsatz dank der Geldentwertung und der billigen Produktionskosten unge-hindert vor sich gehen konnte, hatten die Unternehmer keinen An-reiz, die Betriebe technisch auf der Höhe zu halten oder gar zu verbessern. Dagegen ging der Konzentrationseffekt in England, indem er vielfach eine Rückwirkung des deutschen Währungsdrückings war, mit dem technischen Ausbau der Produktion einher. Die Verbesserung der Produktion mußte auch von dieser Seite her angestrebt werden, wenn es auch in erster Linie Lohnherab-setzungen waren die zur Verbesserung der Produktionskosten wäh-rend der Wirtschaftskrise herhalten mußten. In Frankreich hat der Wiederaufbau, indem die Betriebe ganz neu errichtet werden mußten, zu Verbesserungen des technischen Apparats ge-führt, da die neuen Betriebe mit den modernsten Maschinen an-gerüstet wurden. Inwiefern sich die Produktionsmethoden in bezug auf die bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte entwickelt haben, dafür fehlen uns sichere Anhaltspunkte. Wir denken dabei an die Arbeitssysteme von Taylor, Ford, Fayol und an die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungsarbeit auf diesem Ge-biete. Im großen und ganzen muß man annehmen, daß in dieser Beziehung Fortschritte gemacht wurden. Zweifellos gehören auch die Fortschritte der Sozialpolitik (Achtstundentag) zu dieser Kategorie, indem sie die Schonung und dadurch die bessere Be-wertung der Arbeitskraft ermöglichten. Hier gab es nach dem Kriege Schwierigkeiten auch deshalb zu überwinden, weil die

Arbeiter weniger leistungsfähig, beziehungsweise der Arbeit entzogen waren. Diese Kriegswirkungen sind heute bereits zum größten Teil überwunden; die auf den Krieg entfallende Leistungsquote hat fast überall und in fast allen Industriezweigen den Vorkriegsstand erreicht. Bestrebungen nach Standardisierung der industriellen Produktion, nach Herstellung von typisierten Waren, die an Stelle der gegenwärtigen kostspieligen Mannigfaltigkeit eine Vereinfachung der Produktion ermöglichen, sind zwar in manchen Ländern vorhanden, zumeist aber nur in Anfängen und mehr als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung als praktischer Betätigung. Die gewaltigen Erfolge Henry Fords in der Automobilindustrie seien an dieser Stelle erwähnt; er erreicht sie zum Teil dank der Herstellung von Standardprodukten.

## Stenerreform und Kapitalaufsammlung.

Der Reichsbankpräsident hat jüngst darüber gesprochen, daß sich zwar die Spartkapitalien in den Banken im Laufe des Jahres 1924 verdoppelt hätten und gegenwärtig 6½ Milliarden Goldmark betragen, daß aber diese Kapitalien für die Versorgung der Wirtschaft nicht ausreichen und deshalb die Ansammlung neuer Kapitalien notwendig sei. Dies ist in der Tat notwendig, selbst wenn wir dessen bewußt sind, daß die großen Kapitalien, die vor dem Kriege bei den Banken lagen — sie werden mit 40 bis 45 Milliarden Mark angegeben — zum größten Teil nicht als Betriebskapital, sondern zu Anlagezwecken verwendet worden sind, und selbst wenn wir die ausländischen Kredite, auf die wir auch im Jahre 1925 rechnen können, berücksichtigen. Trotzdem kann sich niemand der Notwendigkeit der Kapitalaufsammlung (Akumulation) zur Aufrechterhaltung und Erweiterung der Wirtschaft verschließen. Kapitalien müssen erspart, das heißt dem unmittelbaren Verbrauch entzogen und für die Herstellung von Produktionsmitteln verwendet werden. Es fragt sich nur, wie die Kapitalaufsammlung erfolgen soll. Die Unternehmer fordern Steuern, die sie so wenig belasten, daß für die notwendige Kapitalaufsammlung noch viel Kapitalien übrigbleiben. Es ist allerdings erforderlich, bei einer jeden Steuerreform auch darauf zu achten, in welchem Maße die Steuern die Kapitalaufsammlung beeinflussen. Man muß sich aber auf das energischste dagegen verwahren, daß die Lebenshaltung der Arbeitnehmer unter dem Vorwand der Kapitalaufsammlung dadurch verschlechtert werde, daß sie allein für die Steuerbedürfnisse aufkommen müssen. Man darf nicht dulden, daß unter dem Titel der Kapitalaufsammlung das heutige System der Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern erhalten bleibt. Durch niedrige Löhne und hohe Preise tragen die Arbeitnehmer ohnehin ihren guten Teil zur Kapitalaufsammlung bei. Sie müssen ihren Verbrauch ohnehin übermäßig einschränken, damit den Unternehmern Kapitalien erspart bleiben. Das ist, was die Volkswirtschaftler als „erzwungene Akumulation“ bezeichnen, das heißt die Arbeitnehmer sparen für die Unternehmer, ihre Entbehrungen ermöglichen die Kapitalaufsammlung. Ist eine noch größere Steigerung der Kapitalaufsammlung notwendig, so gibt es dafür andere Wege: durch Verbesserung und Verbilligung der Produktion soll der Verbrauch im Inland und der Absatz im Ausland soweit ausgedehnt werden, daß den Unternehmern, selbst wenn die Löhne erhöht und die Preise herabgesetzt werden, noch Gewinne übrigbleiben. Auf diese Weise wäre eine Kapitalaufsammlung möglich, die nicht gleichzeitig mit Raubbau an Gesundheit und Kraft der Arbeitnehmer einhergeht. Und dies ist mindestens ebenso notwendig wie die Beschleunigung der Kapitalaufsammlung.

## Die Tarifverträge in Deutschland.

Ende 1922 bestanden nach dem „Reichsarbeitsblatt“ in Deutschland 10 768 Tarifverträge, eine etwas geringere Zahl als in den Jahren 1919 bis 1921, und nicht größer als in den Jahren 1912 bis 1915. Die Anzahl der 890 237 von Tarifverträgen Ende 1922 erfaßten Betrieben war jedoch bedeutend höher als in der Vorkriegszeit. Im Jahre 1912 hatte die Zahl der in Tarifbetrieben beschäftigten Personen einen Höhepunkt von 1 574 285 erreicht, während sie sich Ende 1922 auf 1 281 106 steigerte. An der Spitze stand die Metall- und Maschinenindustrie mit 20,5 Prozent. An zweiter Stelle folgte die Landwirtschaft mit 14 Prozent, an dritter Stelle der Bergbau mit 11,1 Prozent. Für 1 041 216 Personen, d. h. 81,1 Prozent, waren die in der Vertriebsjahre wirksam gewordenen Verträge durch Schiedssprüche zustande gekommen. Von Bezirks- und Reichstarifen waren im Jahre 1922 12,8 Millionen oder 86,3 Prozent erfaßt. Die fortschreitende Zunahme der Bezirksstarife trat in den drei Jahren der letzten Tarifstatistik besonders hervor, während die Reichstarife einen Rückgang aufwiesen. 1922 galt bekanntlich noch die Achtstundentagsverordnung. Ueber 48 Stunden waren nach der Tarifstatistik nur 62 Prozent der Arbeiter beschäftigt, 65,7 Prozent 48 Stunden, alle übrigen weniger als 48 Stunden. Urlaub war in 8620 Tarifen für 804 541 Betriebe mit 13 224 647 Personen vorgesehen, d. h. für 92,7 Prozent, aller tariflich erfaßten. Freilich hatten davon mehr als die Hälfte (53,8 Prozent) nur einen Urlaub bis zu drei Tagen, 38,6 Prozent über drei bis sechs Tage. Die Gesamtdauer des Urlaubs lag für 54,2 Prozent der erfaßten Personen zwischen sechs und zwölf Arbeitstagen. Auch über das Lehrlingswesen wurden im Jahre 1922 erstmalig Erhebungen vorgenommen. In 8,5 Prozent der im Vertriebsjahre abgeschlossenen Tarifverträge war für 14,6 Prozent der Betriebe und für 27,6 Prozent der beteiligten Personen auch das Lehrlingswesen geregelt. Ueber die im Jahre 1923 in Deutschland abgeschlossenen Tarifverträge brachte das „Reichsarbeitsblatt“ in seiner letzten Nummer vom 24. Dezember eine ausführliche Darstellung. Danach bestanden am 1. Januar 1924 8790 Tarifverträge für 812 671 Betriebe mit 13 195 384 beschäftigten Personen. Die etwas geringeren Zahlen des Bestandes am 1. Januar 1924 gegenüber denjenigen Ende 1922 sind, nach dem „Reichsarbeitsblatt“, hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Inflation und der Personalabbau die Bestandhaltung der Verbände über das Jahr 1923 ungünstig beeinflusst haben. Auch die fortschreitende Konzentration trägt zur zahlenmäßigen Verminderung der Tarifverträge mit bei.

## Betriebsrätewahlen 1925.

Da die Kommunistische Partei zu den Betriebsrätewahlen Anweisungen für ihre Anhänger, auch für die gewerkschaftlichen, herausgegeben hat und sich damit in ureigene Angelegenheiten der Gewerkschaften mischt, macht es sich nötig, darauf zu verweisen, daß für die Durchführung derselben die nachstehend ausgangswise wiedergegebenen Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftstages maßgebend sind:

„Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung überhaupt zählen zu ihren Organen auch die gewählten Betriebsräte mit ihren gesetzlichen Aufgaben. Die Betriebsräte können aber nicht als solche die Forderungen und Ziele der Arbeitnehmer zur Durchführung bringen. Hierdurch ist die Stellung der Betriebsräte innerhalb der Arbeiterbewegung gegeben. In den Gewerkschaften ist der Einfluß der Betriebsräte in dem Maße gesichert, in welchem sich die Betriebsräte als Gewerkschaftsfunktionäre betätigen.“

1. Die Gewerkschaften haben die Wahlen zu den Betriebsräten planmäßig vorzubereiten. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die jeweiligen Betriebe zuständigen Gewerkschaften, wobei die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer bei der Zusammenfassung des Betriebsrates nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Sind in dem Betriebe mehrere

Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

2. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem ADGB angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

3. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des ADGB-Bundes anzustreben. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden.

4. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen.

Diese Beschlüsse sind Gewerkschaftsrecht, sie sind Gesetz und danach hat jedes Gewerkschaftsmitglied zu handeln. Wer es nicht tut, mit dem ist genau so zu verfahren, wie es auch bei den Kommunisten, und zwar besonders bei diesen, üblich ist, wenn deren Beschlüsse nicht Folge geleistet wird.

Die Gewerkschaftskollegen in den Betrieben werden aus den Erfahrungen der letzten Jahre genügend gelernt haben. Sie werden wissen, daß man mit Karolen die Verhältnisse nicht meistern kann, sondern daß dies nur durch Kenntnisse, Ausdauer und zielbewußtes Handeln möglich ist. Deshalb werden die Gewerkschaftsmitglieder im Jahre 1925 ihre sachlichen und kenntnisreichsten Kollegen in die Betriebsräte wählen.

## Soziales.

Das neue Arbeitszeitgesetz. Meldungen der Tagespresse zufolge hat das Reichsarbeitsministerium seine Vorarbeiten für ein neues Arbeitszeitgesetz so weit gefördert, daß bereits Beratungen mit den beiderseitigen Interessenten stattfinden. So ist kürzlich eine paritätische Kommission, bestehend aus drei Arbeitgebern und drei Gewerkschaftsvertretern, im Reichsarbeitsministerium zum erstenmal zusammengetreten, um über die Abgaben der Regierung informiert zu werden. In den maßgebenden Stellen wird neuerdings auch der Gedanke eines Rahmengesetzes über den Achtstundentag erwogen, das innerhalb der einzelnen Industrie- und Gewerbegebiete die Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen Notwendigkeiten ermöglichen würde.

## Gewerkschaftliches.

Zum Tode Crawford. Der südafrikanische Arbeiterführer Archie Crawford ist kürzlich gestorben. Crawford war einer der hervorragendsten Vertreter der organisierten Arbeiter Südafrikas und Leiter des großen Generalstreikes im Jahre 1914, bei dem bekanntlich die Armee auf die wehrlosen Arbeiter losgelassen wurde. Crawford mußte damals auf Geheiß von General Smuts das Land verlassen. Später erhielt er die Erlaubnis, wieder nach Südafrika zurückzukehren, wobei er sich jedoch weigerte, eine Erklärung zu unterzeichnen, derzufolge er während der Dauer des Krieges keine Streiks mehr organisieren werde. Crawford vertrat Südafrika als Arbeitervertreter auf der Washingtoner Konferenz und wurde wiederholt von der südafrikanischen Regierung als Arbeitervertreter für die Ant-Arbeitskonferenzen bezeichnet. Er bekleidete das Amt eines Sekretärs der Südafrikanischen Arbeiterföderation, und in dieser Eigenschaft hat er während der letzten Jahre viel zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung beigetragen. In letzter Zeit war Crawford verschiedentlich Angriffen aus den Kreisen der organisierten Arbeiter ausgesetzt, über deren Berechtigung schwer zu urteilen ist. Am Internationalen Gewerkschaftskongress in Wien im Jahre 1924 hat Crawford noch als Vertreter Südafrikas teilgenommen.

Vergarbeiter. Die Reichskonferenz des Gesamtverbandes, des Beirates, Kontrollausschusses und der Bezirksleitung hat am 13. und 14. Dezember getagt und beschlossen, vom 28. Dezember 1924 ab die Unterführungen mit folgender Maßgabe wieder in Kraft zu setzen:

1. Die Unterführungen für Arbeitslose, Gemahregelte und Streikende sind bis auf weiteres mit 50 Prozent der im Statut vorgesehenen Sätze zur Anzahlung zu bringen.

2. Die Krankunterstützung und Unmuthilfe werden nach den Bestimmungen des Statutes in voller Höhe gezahlt.

3. Denjenigen Mitgliedern, die in den letzten 52 Wochen bereits Arbeitslosen- oder Krankunterstützung bezogen haben und am 28. Dezember 1924 erwerbslos bzw. krank sind oder werden, wird die bereits gezahlte Unterstützung aufgerechnet.

Buchrunder. Am 28. Dezember 1924 sind die neuen Beiträge für Vollmitglieder 1,50 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 1,20 Mk., für Sozialistenmitglieder 0,40 Mk. in Kraft getreten. Dazu kommen für Voll- und Gewerkschaftsmitglieder noch die Gau-, die Bezirks- und die Ortsbeiträge, die im allgemeinen 50 Prozent des Verbandsbeitrages nicht übersteigen sollen. Der Beitrag für die Lehrlingsbeiträge bleibt mit 0,10 Mark bestehen. Das Eintrittsgeld beträgt: für Neueintretende 0,75 Mk., für Wiedereintretende 1,50 Mk. Die Rückvergütung an die Gause in Höhe von 15 Prozent ist zu berechnen von einem Beitrag von 1,30 bzw. 1 bzw. 0,30 Mk. Auch die Sätze der Reise-, Orts-, Gemahregelten-, Unmuth-, Kranken- und Sozialunterstützung sowie des Begräbnisgeldes haben dementsprechend eine Neuregelung erfahren. Bei Festsetzung der Unterführungsätze hielt es der Verbandsvorstand notwendig, der seit Stattfinden des Hamburger Verbandstages eingetretenen Verringerung der Lebensbedürfnisse nach Möglichkeit Nachbesserung zu tragen und über die in Hamburg gefaßten Beschlüsse hinauszugehen.

Glasarbeiter. Eine Konferenz des Hauptverbandes, Beirates, Ausschusses und der Gauleiter beschloß am 4. Januar 1924, den Mitgliedern des Verbandes zu empfehlen, den Anschluß an den Hauptgewerksbund vorzunehmen. In einigen Wochen werden die Mitglieder in einer Urabstimmung über die Verschmelzung mit dem Hauptgewerksbund endgültig zu entscheiden haben.

Maler. Der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tücher und Weißbinder hat am 29. November in aller Stille sein 40jähriges Jubiläum gefeiert. An diesem Tage fand in Dresden eine Gründungsfeier statt. Die Festschreibe hielt der Verbandsvorsitzende Steiner. Aus ihr entnehmen wir, daß die Organisationsbestrebungen bis auf das Jahr 1868 zurückreichen, ausgehend vom Allgemeinen Arbeiterkongress in Berlin. Im Jahre 1877 wurde ein Zentralverband auf einem Kongress in Leipzig gegründet, und am 1. April 1879 erschien das Verbandsorgan „Die Mappe“. Doch verliefen diese Anfänge der Organisation noch im selben Jahre dem Sozialistengesetz. Erst in den Weihnachtsferien von 1884 fand wieder ein Kongress in Dresden statt, wo 23 Städte vertreten waren und die Gründung vollzogen wurde.

Internationaler Gewerkschaftsbund und Friedens-Nobelpreis. Das norwegische Particblatt „Den nye Socialdemokrat“ in Oslo beschäftigt sich in seiner Nummer vom 16. Dezember 1924 mit der Nichtverteilung des Friedenspreises. Dabei kommt es auch auf den IGB zu sprechen und macht u. a. folgende Ausführungen:

„Auch der IGB wurde nicht für würdig befunden. Und doch hat diese Organisation mit ihren 20 Millionen Mitgliedern eine positive Friedensarbeit von größtem Werte geleistet. Der IGB hat u. a. einen permanenten Ausschuss eingelebt, der mit

weitgehenden Befugnissen ausgestattet ist, um den Ausbruch neuer Kriege zu verhindern. Ob er dieser Aufgabe gerecht werden kann, wird keiner im voraus sagen können, aber wenige internationale und keine nationale Organisation hat eine so starke Aktivität im Interesse des Friedens entfaltet, wenige haben so vieles getan, um den Friedenswillen zu festigen. Wäre es nicht angepaßt, das Testament Nobels dem Nobel-Stiftung wieder in Erinnerung zu bringen?“

## Von der Keramikindustrie.

Die Porzellanfabrik Lorenz Gutschneuther in Selb stellte ihr Aktienkapital auf 4,8 Millionen M.-M. um und zahlte für 1924 auf jede Aktie 8 Mk. Dividende.

Die Porzellanfabrik Franz Reuth, A.-G., stellte ihre Papiermarktkapitalien auf 3,2 Millionen M.-M. Stammaktien und 36 800 M.-M. Vorzugsaktien um. Dem Meisterbeizugs werden 535 000 M.-M. überwiesen. Unter den Aktiva wurden bewertet die Grundstücke und Gebäude mit 3,2 Millionen M.-M., die Maschinen und elektrischen Anlagen mit 470 000 M.-M. und das Inventar mit 200 000 M.-M. Die Debitoren verzeichnen 554 412 M.-M., die Kreditoren 366 636 M.-M. und die Verbindlichkeiten 1 041 127 M.-M. Ueber die Generalversammlung dieses Unternehmens berichtet die Presse folgendes: In der Generalversammlung traten die Rechtsanwälte Justizrat Gottschalk und Dr. Wertheim als Führer einer Oppositionsgruppe auf, die über 4642 Stimmen verfügte. Es kam zu einer erregten Debatte, die mehrere Stunden in Anspruch nahm. Die Opponenten, hinter denen die Berliner Bankfirma Lewinsky, Reblaff & Co. stand, die bekanntlich mehrere Prozesse gegen die Franz-Reuth-Gesellschaft führt, richteten heftige Angriffe gegen die Verwaltung, in der Hauptsache gegen Generaldirektor Singer.

Es wurde beantragt, die Beschlußfassung über die Papiermarktbilanz zu vertagen. Die Opposition bemängelte, daß der Jahresbericht nicht regelmäßig 14 Tage vor der Generalversammlung ausgelegt habe. Von der Direktion wurde das aber in Abrede gestellt. Sodann war eine Kritik verschiedener Positionen in der Papiermarktbilanz längere Zeit Gegenstand einer erregten Aussprache. Dem Generaldirektor Singer wurde ferner der Vorwurf gemacht, durch sein unverträgliches Verhalten dem Aufsichtsratsvorsitzenden, Kommerzienrat Frank (Disconto-Gesellschaft), gegenüber, der bekanntlich sein Mandat niedergelegt hat, durch den Verlust einer unverollten Bankverbindung Schaden zugefügt zu haben. Direktor Singer erwiderte, daß die Gesellschaft seinerzeit auf Widerstand gestoßen sei, als sie Kredite von der Disconto-Gesellschaft benötigte. Die Leitung des Instituts habe sich damals geweigert, größere Beträge zur Verfügung zu stellen, da sie zunächst ältere Geschäftsfreunde zu befriedigen habe, und anheingestellt, sich nach einer anderen Bankverbindung umzusehen. Eine heftige Diskussion entspann sich des weiteren darüber, ob die Fabrik in Wallendorf, wegen der ein Prozeß beim Reichsgericht anhängig ist, in die Bilanz aufgenommen werden dürfe. Die Direktion ist der Ansicht, daß das endgültige Urteil in dieser Sache noch nicht abgesehen werden könne, daß die Fabrik aber mit einem so geringen Betrage in die Bilanz eingeleitet sei, daß bei einem ungünstigen Ausgang des Prozesses die Gesellschaft keinen Schaden erleiden werde. Als die Verwaltung die Wahl des Ingenieurs H. Malinad in den Aufsichtsrat vorschlug, erhob sich von neuem Widerstand. Die Opposition forderte selbst Sitz und Stimme im Aufsichtsrat. Sie erklärte, daß eine Gruppe, die mehr als die Hälfte des Stammkapitals besitze, Anspruch hierauf habe. Nach längerer Diskussion schloß die Verwaltung die Wahl des Herrn Gottschalk selbst vor. Der hat sich aber eine 48stündige Wechselseitigkeit aus. Mit dieser Einschränkung wurden Herr Malinad und Herr Gottschalk gewählt. Nunmehr beantragte Rechtsanwalt Wertheim die Vertagung der Bilanzverhandlung auf Grund des § 264 des HGB. Die Vertagung dieser Forderung, die zweifellos auch auf die Verhandlung über die Goldmarkteröffnungsbilanz Anwendung zu finden hat, wurde von Seiten der Verwaltung bestritten. Trotzdem beschloß die Generalversammlung, auf eine halbe Stunde zu vertagen.

In der Zwischenzeit kam zwischen der Verwaltung und der Opposition eine Einigung zu Stande, derart, daß eine von beiden Seiten gewählte Kommission über die schwebenden Streitfragen entscheiden soll. Es besteht nun die Hoffnung, daß die seit Jahr und Tag laufenden Prozesse zwischen der Firma Lewinsky, Reblaff & Co. und der Franz-Reuth-Gesellschaft auf gutlichem Wege beigelegt werden. Die Goldmarkteröffnungsbilanz und die Umstellung des Stammkapitals im Verhältnis von 5:1 auf 3,2 Millionen M.-M. (neben 36 800 M.-M. Vorzugsaktien) wurde sodann einstimmig genehmigt. Auch die Beantragung der Papiermarktbilanz fand durch Widerruf des ursprünglichen Einspruchs ihre Erledigung. Herr Gottschalk erklärte sich zum Schluß mit seiner Wahl zum Aufsichtsrat noch ausdrücklich einverstanden.

Von der französischen Keramikindustrie wird berichtet, daß sich die Zahl der Facharbeiter von 12 000 vor dem Krieg auf 6000 nach dem Krieg gemindert hat. Der Versuch, ausländische, vor allem böhmische, Facharbeiter nach Frankreich zu bringen, hatte keinen Erfolg. Selbst ein Mangel an Lehrlingen ist vorhanden. Dem Facharbeitermangel in Limoges soll dadurch abgeholfen werden, daß junge Arbeiter in einigen Tagesstunden in einer besonderen Schule Fachausbildung erhalten.

Titelverleihung. Die bayerische Regierung verlieh anlässlich des Weihnachtsfestes einer Anzahl Personen die Bezeichnung Kommerzienrat, darunter Herrn Direktor Fuldner bei der Firma Gebr. Baufner, A.-G., Weiden und Herrn Haberland, Inhaber der Firma E. Haberland, in Winbisch-Eidenbach.

## Aus unserem Beruf.

Freital-Pöschel. Raunenhafte, hysterische Weiber können durch die Gefinnungswendelei und Unständigkeit ihres Charakters ihren Mitmenschen auch nicht mehr erregen als die Befister der „Eckhölzer Porzellanfabrik von E. A. Thieme“, die Gebrüder Karl und Emil Runkel. Dauernbes Hin- und Herschwanke der Meinungen, fortwährende Verzögerung der Lohnregelung, verlegende Redensarten und propagandisches Verhalten gegenüber der Arbeitervertretung haben die Verhältnisse zusehends und unerträglich für die Belegschaft gestaltet. Den jahrelang, vielfach jahrzehntelangen Beschäftigten, die zum großen Teil hochwertige Spezialarbeiter sind, glaubten die Gebrüder Runkel durch Nicht-zahlen der geringen Nachzahlung die bewiesene Treue zum ererbten Betrieb noch besonders lobnen zu sollen. Diese sowie weitere verurteilte Tarifwidrigkeiten in Verbindung mit täglichen feindseligen Schmähen bei Errechnung der Stückpreise, die nach Ansicht des Herrn Runkel immer gleitend, aber niemals fest sein dürfen, veranlassen die Belegschaft, allgemein die Verbandsmitglieder vor Arbeitsaufnahme hier selbst zu warnen. Im Interesse seiner selbst wollte man vorher Erfundungen entweder bei der Poststelle selbst oder der Gauleitung für Sachen, in Dresden, einholen.

Bernsbörsi. Trotzdem wir wiederholt auf die Betriebszustände in der hiesigen Porzellanfabrik hingewiesen haben, gibt sich die Betriebsleitung noch immer alle Mühe, die Arbeitsverhältnisse nicht zu verbessern. Wiederholt haben wir wohlgemeinte Ratsschläge gegeben, doch die Betriebsleitung legt Wert darauf, sie in den Wind zu schlagen. Nach der sogenannten Betriebsstilllegung hat man die Löhne und Stückpreise höchst selbstherrlich diktiert und die Arbeiterkraft des Betriebs muß sich Preise, die einigermassen das Auskommen ermöglichen, erst schwer erkämpfen. Wir berichten heute darauf, Ratsschläge

und Hinweise an die Betriebsleitung zu erteilen, da wir nunmehr die Erfahrungen gesammelt haben, daß die maßgebenden Herren außerordentlich schwerhörig sind, wenn Arbeiter den ernstlichen Willen haben, mitzuwirken, damit das heruntergewirtschaftete Werk wieder auf die Höhe kommt. Wir verzichten auch deshalb darauf, weil wir wissen, daß die Hatzschläge von Nichtfachleuten und Dividendenhaglern oberstes Gesetz der Hermsdorfer Leitung ist. Auswärtige Kollegen haben bei uns angefragt, wie die Arbeitsverhältnisse sind. Es gab einmal eine Zeit in Hermsdorf — früher, lang ist's her — da war die Direktion, weil nur ein Direktor da war, zwar auch rücksichtslos, aber der Arbeiter noch nicht so getrieben, wie er heute bei einer Anzahl von Direktoren ist, weil die Herren doch ihre Existenzberechtigung schließlich auch erbringen müssen. Wir können alle diese Kollegen nur warnen, ein Arbeitsverhältnis hier einzugehen. Übrigens liegen immer noch circa 250 Kollegen und Kolleginnen, darunter sehr tüchtige Fachleute, draußen auf der Straße. Wenn das Hermsdorfer Werk Bedarf an Arbeitskräften hat, es sind genügend im Orte und der Umgebung. Vor einiger Zeit hat die Hatzstelle erst das Gewerbeamt in Anspruch nehmen müssen, damit die Firma die §§ 3 und 4 des Tarifvertrages, bezüglich des Arbeitsnachweises einhält. Eine Kommission des Gemeinderates hat den Auftrag, mit der Firma über die Einstellung der Arbeitslosen zu verhandeln. Die Kollegen im Reich müssen daran erkennen, daß ein Zugang nach Hermsdorf zurzeit keinen Zweck hat und es besser ist, alle die Kollegen, welche hier Haus und Hof haben und an den Ort, resp. die Umgebung gefesselt sind, erst unterzubringen. Wir möchten jeden bitten, dies zu beachten und auch, wenn die Firma mitteilen sollte, daß Arbeiterwohnungen zur Verfügung ständen, so erlauben wir uns zu sagen, daß die Wohnungsnot bei uns genau so groß ist, wie anderwärts. Zwar wohnen in den Arbeiterwohnungen noch arbeitslose Porzellaner, doch diese können im Orte nicht untergebracht werden, weil keine Wohnungen vorhanden sind. Sollten den auswärtigen Kollegen noch weitergehende Versprechungen gemacht werden, so bitten wir, bei unserer Verwaltung erst einmal anzufragen, wir versichern, daß wir unsere Auskunft objektiv erteilen werden.

**Kassette.** Am 14. Dezember fand in Kasse die letzte Verwaltungssitzung des Jahres 1924 statt. Kollege Stadler erstattete Bericht über die Lohnbewegung innerhalb der feinfachindustriellen Industrie. Von allen Delegierten wurde das Verhalten der Unternehmer scharf getadelt. Nur durch eine streifte und ausgeübte Organisation wird es möglich sein, die Willkür der Unternehmer brechen zu können. Die Haltung des Hauptvorstands in dem Lohnstreik wurde allgemein getadelte. Einmütig kam es zum Ausbruch, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis ein Ausgleich für diesen kollektiven Schicksalsspruch herbeigeführt ist. — Im Jahresbericht konnte Kollege Stadler die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Hatzstelle im verfloßenen Jahr eine Verbesserung zu verzeichnen hatte. Ein Mittelsdurchgang war nicht zu verzeichnen. Schwer hatte die Hatzstelle unter den wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden. Das ganze Jahr hindurch hatte sie mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu rechnen. Das hatte auch seine Auswirkung auf die finanzielle Lage der Kasse. — Zur Stärkung der Kasse wurde einstimmig beschlossen, einen obligatorischen Kassenbeitrag von 10 Pf. monatlich, rückwirkend vom 1. Oktober 1924 ab, einzuführen.

### Bemerktes.

**Neuer Posttarif.** Am 1. Januar 1925 traten einige Gebührenänderungen im Post- und Postfach- und Telegrammverkehr in Kraft. Danach erfordern Briefe über 250 Gramm bis 500 Gramm eine Vortagegebühr von 30 Pf. Im Postfachverkehr werden künftig für eine Einzahlung mit Zahlkarte erhoben bei Beträgen bis 25 Reichsmark 10 Pf., bis 100 Reichsmark 15 Pf., bis 250 Reichsmark 20 Pf., bis 500 Reichsmark 30 Pf., bis 750 Reichsmark 40 Pf., bis 1000 Reichsmark 50 Pf. und bei höheren Beträgen 60 Pf. Im Telegrammverkehr wurde die Fernwortsgebühr von 15 Pf. auf 10 Pf. die Wortsgebühr für Drücktelegramme von 7½ auf 5 Pf. und die Wortsgebühr für Brieftelegramme von 10 auf 5 Pf. herabgesetzt. Die Auslandsgebühren werden wie folgt herabgesetzt: für Briefe bis 20 Gramm 25 Pf., für jede weitere 20 Gramm 15 Pf., für Postkarten 15 Pf. Für die Fernspreckgebühren sind im Ortsverkehr engere Stufen gebildet worden. Vom 1. Februar 1925 an werden für das 101. bis 150. Gespräch 14 Pf., für das 151. bis 200. Gespräch 13 Pf., für das 201. bis 250. Gespräch 12 Pf., für das 251. bis 300. Gespräch 11 Pf. und für jedes weitere Gespräch 10 Pf. erhoben werden. Die Fernspreckgebühren erfahren in der Entfernungsklasse von 50 bis 100 Kilometer eine Ermäßigung um 15 Pf. in den weiteren Stufen eine solche von 30 Pf. Die Einrichtungsgebühr für Hauptanschlüsse wurde von 90 auf 80 Mk. herabgesetzt.

### Literarisches.

**Internationales Arbeitsrecht.** Eine Einführung von Clemens Koppel. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14, Infelstraße 6. 48 Seiten. Preis 1 Mk. — Diese Schrift soll die Arbeiter und die Angestellten mit dem internationalen Arbeitsrecht, seinen Zwecken und Zielen vertraut machen. Es ergibt sich aus der Darstellung, daß auch auf diesem Gebiete die Tätigkeit der Gewerkschaften ausschlaggebend gewesen ist. Die Schilderung erstreckt sich auf die Vorgänge während des Weltkrieges und der Nachkriegszeit, die einschlägige Literatur ist jeweils angegeben. Als Anhang sind beigegeben: 1. Die Programme von Leeds und Bern; 2. von Wien 1924 über die internationale Arbeitsgesetzgebung und 3. der Wortlaut des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Da die Gewerkschaftsmitglieder zur Durchführung ihrer Aufgabe und zur Erkenntnis aller Zusammenhänge unbedingt einen Gesamtüberblick haben müssen, ist die Anschaffung dieser Broschüre sehr zu empfehlen, zumal deren Studium nicht sehr zeitraubend ist.

**Leitfaden für Betriebsräte** besteht aus einem Schriftchen, das von 50 Pf. herausgegeben hat. Das Werkchen ermöglicht es, schnelle und sichere Unterweisung über die Betriebsräte zu geben, gibt sogar die einschlägigen Rechtsvorschriften an. Das kleine Hefchen wird den Betriebsräten manche Fingerzeige geben können, wenn es eilig benötigt wird.

**Dipl.-Ing. A. zur Redden: Wie spare ich Kohle?** B. J. Taschenrechner, Band 1. 150 Seiten geb. 2.80 G. — Das kleine handliche Werk ist ein vortreffliches Mittel, alles, was notwendig ist — Veranschaulichung von Kohle dem Verbrauch, in täglichen Leben Einhalt zu tun. Es ist ihm durch die Ingenieur und Fachmann in kurzer schlichter Form, aber unübersehbare Klar und verständlich, den Verbrauchern. Zahlreiche praktische Anweisungen, knapp gefaßt und übersichtlich geordnet, ermöglichen es jedermann, sich in wenigen Minuten über Tatsachen zu unterrichten, die ihm Geld und Zeit ersparen. Wer sollte es nicht? Wer sollte es nicht in seiner Betriebsbücherei haben? Den Großindustriellen, Fabrikdirektor und Heizer geht es in gleichem Umfang an wie den Architekten, Handwerker, Eisenbahn- und Kohlenhändler. Besonders wichtig ist es für die Hausfrau und ihre Hausangestellten. Daneben sollen es alle, alle übrigen Kohlenverbraucher lesen. Der Winter steht vor der Tür; Heizmaterial ist teuer; wer möchte nicht damit sparen?

**Wolfa Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie.** Herausgegeben von Paul Levi. — G. Laubische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Berlin W. 30. Preis br. 3.50, kart.

4., gut Leinen 5.— Mk. Nicht allein der Wunsch aller Schüler der früheren Parteischule der Sozialdemokratischen Partei, an der Wolfa Luxemburg als Lehrerin wirkte, war es, ihre volkswirtschaftlichen Vorträge zur Auffrischung des Gedächtnisses und zum intensiven Studium im Druck erscheinen zu lassen, sondern auch die große Zahl der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die als Kursteilnehmer in allen Teilen des Reiches Gelegenheit hatten, von der unvergleichlichen Lehrerin zu lernen, verlangte nach diesem Werte. Dieser Wunsch ist jetzt vom Genossen Paul Levi, dem Herausgeber obigen Wertes, endlich erfüllt worden.

Wolfa Luxemburg hat das Manuskript des Wertes selbst geschrieben, den Druck erlebte sie nicht mehr, da Mörderhand ihr Leben zerstörte. Ihre Nationalökonomie zeigt erneut die ungemein klare und bei aller Gründlichkeit doch gemeinverständliche Art der Beweisführung, die einst ihre Reden so anziehend machte.

Das Buch gibt sehr viel mehr, als sein Titel andeutet: es ist in Wahrheit eine geniale Skizze der gesamten Kultur- und Wirtschaftsgeschichte der Menschheit von den ältesten Tagen bewusster Wirtschaft bis auf unsere Zeit. Wolfa Luxemburg begnügt sich nicht, dem Proletariat zu sagen, weshalb er zu den Entbehrungen seiner Zeit gehört, sondern weist ihm zwingend aus der Dialektik jener Entwicklung nach, weshalb der Kapitalismus die Krönung des individualistischen Wirtschaftssystems ist und sein muß, über die hinaus es keine weitere privatwirtschaftliche Möglichkeit mehr gibt, sondern nur noch eine sozialistische Fortbildung aller Wirtschaft und damit die endliche Befreiung des Proletariats aus der Abhängigkeit kapitalistischer Anarchie.

Wolfa Luxemburg erklärt nicht nur, sondern begründet in ihrer Einführung in die Nationalökonomie die Glaubenshaltung des Sozialismus von der Erlösung der Menschheit durch das Wissen um die Formen und Gesetze, in denen sich die wirtschaftliche Entwicklung vollzieht. Sie gibt der sozialistischen Konfession die marxistische Fundierung und damit dem Klassenbewußten Proletariat die sieghafte Zukunft der Menschheit.

Die ungemeine Lebendigkeit und Ueberzeugungskraft des neuen Wertes von Wolfa Luxemburg, das sich an die breiten Massen des sozialistischen Proletariats wendet, wird sie mit neuem Mut zum Durchhalten in ihrem schweren Kampfe erfüllen und ihnen zugleich Waffentat für seine Ausdehnung und Vertiefung sein.

**Aus „Ortskrankenkasse 1924, Nr. 43.“** „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene.“ Die Ortskrankenkassen haben es stets für ihre Pflicht gehalten, sich mit den Fragen der sozialen Hygiene eingehend zu beschäftigen, um ihrer Aufgabe, der Volksgesundheit zu dienen, gerecht werden zu können. Die „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene“ wird von Medizinrat Dr. Stephan, Mannheim, und Prof. Dr. Chajes, Berlin, im Verlage von Leopold Voß, Leipzig, herausgegeben. In jedem der monatlich erscheinenden, drei Bogen starken Hefte sind neben verschiedenen leicht verständlichen, dabei

### Arbeitsmarkt.

Für die Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ übernimmt „Die Ameise“ keine Gewähr. Stellenjuchende tun immer gut, vor etwaiger Arbeitsannahme bei den sie ansprechenden Firmen von den Hatzstelleneinrichtungen unter Befragung des Rückports Erkundigungen einzuholen.

**Erfahrener Abgießer-Einrichter**, der vollkommene Praxis in der Luxus- sowie Gebrauchsgeschirrabzweige hat, und in der Gipstube Weichheit weiß, und auch in der Gießerei Erfahrung hat, sucht Stellung. Anschriften unter „F. 9“ befördert die „Ameise“.

**Modellabgießer und Einrichter**, in 1. Qualitätsgeschirrfabrik Oberfrankens tätig, 32 Jahre alt, verheiratet, sucht sich in anderweitige Dauerstellung zu verordnen, bewandert in allen vorkommenden Arbeiten dieses Faches. Anschriften unter „F. 27“ befördert die „Ameise“.

**Tüchtiger lebiger Porzellanbrecher**, mit allen vorkommenden Arbeiten bestens vertraut, sucht Stellung als Zeller, Schalen- oder Becherbrecher. Offerten unter „F. 8“ an die „Ameise“ erbeten.

**Einige perfekte (28 a)**

**Maler** für Glasbelen, Innenmalerei zum sofortigen Antritt gesucht. **Gräfenrodaer Kunstwerstatt R. Wendler & Co. Gräfenroda, Thüringen.**

**Einige lebige, perfekte (27)**

**Maler** für bessere Dekore stellt noch ein **C. & E. Carstens Porzellanfabrik Sorau, A. L.**

**Perfekter (27)**

**Schleifer** vom Kunstlermischen Werk zum sofortigen Antritt. Angebote unter „24“ an die „Ameise“ erbeten.

**Größere Porzellanfabrik Sachsens** sucht zum sofortigen Antritt für einen tüchtigen

**Geschirrdreher** der im Ueberformen von Desserttellern, Schalen, Salats usw. mit Blatt (getrommelt) durchaus bewandert ist. Ferner einen

**Geschirr-Blattfüller** der schon in besseren Geschirrfabriken gearbeitet hat. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Zeugnisabschriften unter „17a“ an die „Ameise“.

**Ein tüchtiger Fondsprüfer** und einige geübte

**Unglasmaler** für sofort gesucht. (8b)

**Kräftiger Porzellanindustrie** **Waldenburg (Schlesien).**

**Fortschritt ist die Lösung!** Deshalb keine Reizschriftenographie sondern (14b)

**Vollstündige Schrift** **Waldenburg** in Jahrzehnten erprobt, leicht, einfach, kurz. Zum Selbstunterricht: Ausführliches Lehrbuch 2.20 Mk. Kleines Lehrbuch 0.25 Mk. Briefl. Unterricht (mit Lehrbriefen) 3.50 Mk. franco gegen Voreinsendung. Nachnahme 50 Pf. mehr, vom **Dr. Kretzer-Schreibsystem** **Dr. E. Kretzer** **Waldenburg i. Schlesien** **Fürstentum 41.**

**Formgießer** unter gleichen Voraussetzungen. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit Ansprüche und Zeugnisabschriften unter „18a“ an die „Ameise“.

aber auf wissenschaftlicher Höhe gehaltenen Originalarbeiten bekannter Autoren allgemein interessierende Notizen und Klein Mitteilungen, sowie eine ausführliche Literaturübersicht über alle Teilgebiete der sozialen Hygiene mit Einschluß der sozialen Versicherung enthalten. Die Namen der beiden Herausgeber sowie die Mitarbeit führender Persönlichkeiten aus der Arbeiterbewegung bürgen dafür, daß alle Fragen in objektiver Weise, nicht vom einseitigen Standpunkte bestimmter Interessengruppen behandelt werden. Wir empfehlen allen an geschlossenen Krankenkassen die „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene“ bringen zum Abonnement und eingehenden Studium, zumal der niedrige Bezugspreis von 3.60 Mark pro Vierteljahr auch den finanziell schlecht gestellten Krankenkassen den Bezug ermöglicht.

### Quittungen.

Für den kranken Kollegen **Theob. May** gingen nachstehenden Beträge ein: **Teltow, Oberkoben, Rabia, Arzberg, Kloster Weiskorf** je 5.—; **Spanbau, Tiefenfurt, Freital, Walbershof, Gblich, Wsh, Efferwerba, Hennigsdorf, Stadt-Vengsfeld, Weiden, Meyenburg, Plane** je 3.—; **Kauenstein, Subl und Roffen** je 2.— **M. Emma: 64.— Mk.** Im Namen des Kollegen **May** und der Hatzstelle allen Gebern bestens dankend. **A. A. Kurt Paehler, Kassierer.**

### † Sterbetafel †

**Althalbenleben.** **Oskar Köppler**, Maler, geboren am 9. 10. 1867, gestorben an Magenkrebs. Organisiert seit 1912. — **Wilhelm Ebeling**, Dreher, geboren am 16. 7. 1871, gestorben an Herzschwäche. Organisiert seit 1919.

**Breslau.** **Karl Pittner**, geboren am 21. 10. 1875, gestorben an Gehirnkrämpfen. Organisiert seit 1919.

**Coburg (Schnee).** **Nikolaus Stam**, geboren am 17. 4. 1874, gestorben an Augenleiden. Organisiert seit 1911. — **Georg Hörtch**, geboren am 29. 6. 1870, gestorben an Augenleiden. Organisiert seit 1911.

**Köln.** **Klara Mende**, Arbeiterin, geboren am 18. 6. 1892, gestorben an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1911. — **Mit ihr hat ein echtes Porzellanerleben seinen Abschluß gefunden.**

**Heinsberg.** **Helen Maß**, Lagerarbeiterin, geboren am 6. 1. 1879, gestorben an Nervenleiden. Organisiert seit 1919. — **Tiefenfurt.** **Otto Kiebig**, Lagerist, geboren am 15. 2. 1880, gestorben an Leberkrebs. Organisiert seit 1919.

**Ehre ihrem Andenken!**

**5-6 Freihandmaler.** (29) **Unterglasur**, sowie 2 perfekte Schablonierer, suchen für sofort **C. & E. Carstens, Gräfenroda i. Thür.**

**2 flotte, lebige (21)**

**Gießer**

für Kaffeekannen und anderes Hohlgeschirre zu möglichst sofortigem Antritt gesucht. **Wing Glas & Keramik A. G. Porzellanfabrik in Freiwaldau Kreis Sagan.**

**Wir suchen sofort (22)**

**4-5 Gießer und Gießerinnen 4 Dreherinnen 1 Formgießer 1 Abgießer**

und mehrere **Brennhaus- und sonstige Arbeiter.** **Porzellanfabrik Endwigstadt in Endwigstadt (Oberfranken).**

**Porzellanmaler**

für Hand-, Wand- und Stempeldekore gesucht. Angebote unter „19“ an die „Ameise“ erbeten.

**Schiffenmaler**

auf porzellanstandgefäße gegen höchsten Akkordlohn zum sofortigen Antritt gesucht. (10b) **Janke & Runkel, A.-G. Rön im Stenstal 29/31.**

**Lebige Dreher**

für blüne Wecker und Schalen werden sofort eingestellt. (26a) Angebote mit Zeugnisabschriften an die

**Blant nainer Porzellanfabrik C. & E. Carstens Blantenheim in Thüringen.**

**Lebiger**

**Einrichter** sowie

**Formengießer** zu sofort gesucht. (7b)

**Keramische Werke C. & E. Carstens, Rathenow.**

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: **Edwin Ranninger**, Charlottenburg I, Brühlstr. 2-5. — Verlag: **Willy Herber**, Charlottenburg I, Brühlstr. 2-5.

Druck: **C. Janiszewski**, Berlin SO., Elisabethufer 28/29.

**Schleifer**

der schon in größeren Geschirrfabriken gearbeitet hat. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Einbindung von Zeugnisabschriften erbeten unter „18a“ an die „Ameise“.

**Dreher**

für Flach- und Hohlgeschirre, sowie

**Gießer** und

**Kapseldreher.**

Angebote unter „28a“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“.

**Tüchtiger, lebiger**

**Formgießer**

der auch im Einrichten bewandert ist, für Dauerstellung gesucht. Ausführliches Angebot erbeten. (20a)

**Porzellanfabrik Schönwald Abteilung Arzberg in Arzberg (Ofr.).**

**Mehrere tüchtige**

**Schiffenmaler**

perfekt auf Apotheken-Standardflaschen, bei hohem Lohn für sofortigen Antritt gesucht. Angebote unter „11m 12b“ an die Geschäftsstelle des Blattes.

**Einrichter**

**Formengießer**

zu sofort gesucht. (7b)

**Keramische Werke C. & E. Carstens, Rathenow.**